

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/242

18. Dezember 1975

Phase der Konsolidierung

-----  
Bilanz und Perspektiven der Ost-, Deutschland- und  
Entspannungspolitik

Von Kurt Mettich MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-  
Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 84 Zeilen

Solide Medienpolitik muß erkämpft werden

-----  
Anmerkungen zu wichtigen Personalentscheidungen beim ZDF

Von Hermann Heinemann

Mitglied des Vorstandes der SPD und des ZDF-Fernsehrates

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Die Lebenskraft Berlins

-----  
Attraktivität des Angebots an Arbeitsplätzen ist zen-  
trale Aufgabe

Von Horst Korber

Senator für Arbeit und Soziales in Berlin

Seite 5, 6 und 7 / 138 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5300 Bonn 12, Heuserstr. 2-10  
Postfach: 128 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-234  
Telefon: 37 66 67 - 78  
Telex: 32 66 666 - 66 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

### Phase der Konsolidierung

---

#### Bilanz und Perspektiven der Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Manche außenpolitische Beobachter scheinen außenpolitische Entwicklungen ebenso aufzufassen wie Konjunkturläufe oder - was schlimmer ist - als simples Geschäft. Richtig ist sicherlich, daß es auch in der Außenpolitik Phasen der Innovation, des Aufschwungs, und - was selten ist - der historischen Durchbrüche gibt, denen dann solche der Konsolidierung, der Ruhe und des Abschwungs bis zum Rückschlag folgen. Die jeweiligen Wendemarken von dieser zu jener Phase sind jedoch nur äußerst schwer auszumachen, oftmals erst historisch. Deshalb kann man am Jahresende außenpolitisch nicht Kasse machen. Außenpolitik ist kein Geschäft für Buchhalter. Was wirklich zu Buche schlägt, läßt sich oft erst in der Gesamtbewertung längerer Perioden und Zeitabläufe erkennen.

In der Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik sind große historische Durchbrüche, wie sie die Ostverträge, die ersten amerikanisch-sowjetischen Abkommen oder der Beginn der KSZE und die MBFR-Verhandlungen darstellen, zunächst zum Stillstand gekommen. Wir befinden uns in einer Phase der Konsolidierung, in der sich die zum Teil hohen, zum Teil zu hohen Erwartungen auf beiden Seiten mit eingefahrenen Verhaltensregeln, grundsätzlichem Mißtrauen und leider auch Tatsachen hart im Raume stoßen. Dies war nicht viel anders zu erwarten. Dies berechtigt nicht, heute vorschnell eine negative Bilanz der Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik zu ziehen. Wir befinden uns in der Phase, in der sich erst eine Praxis der Zusammenarbeit im Ost-West-Verhältnis entwickeln muß. Dabei gibt es auf beiden Seiten Schwierigkeiten. Schließlich ist die Phase der aktiven Ostpolitik noch kürzer als die Zeit, in der die CDU-Regierungen nach dem Bau der Mauer zwischen 1961 und 1968 gar nichts erreicht haben.

Wichtig für uns ist, daß als Ergebnis unserer Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik Prozesse zwischen den ideologisch und gesellschaftlich unterschiedlichen Systemen eingeleitet worden sind, die sich sowohl für uns als auch für die Menschen im anderen Teil Deutschlands und dem anderen Teil Europas sehr positiv ausgewirkt haben.

- Im wirtschaftlichen Austausch haben wir seit Einleitung der Ostpolitik außerordentlich große Zuwachsraten mit allen ost-europäischen Partnern und im innerdeutschen Handel erzielt. Dies dient der Arbeitsplatzsicherung hier und stellt einen Beitrag dazu dar, die Entspannungspolitik dauerhaft zu machen.
- Der Besuchs- und Reiseverkehr im innerdeutschen Verhältnis auf der Basis des Grundvertrages hat eine sehr erfreuliche Entwicklung genommen. Der kleine Grenzverkehr hat ebenfalls zu einer Vertiefung der Kontakte

und Begegnungen beigetragen. Die Trennungslinien haben wenigstens teilweise an Schärfe und Härte verloren.

- Der Verkehr von und nach Berlin läuft so gut wie reibungslos. Die Erleichterungen, die hier geschaffen wurden, sind für alle spürbar.
- Die Bundesrepublik hat nicht nur weitaus größere internationale Handlungsfreiheit erhalten, seit sie ihr Verhältnis zur DDR so normalisiert hat, wie es in dieser schwierigen Frage erreichbar und vertretbar war, sondern sie hat vor allem Vertrauen in Ost und West hinzugewinnen können, seit sie sich zu einer Politik bekannte, die auf der Basis der Anerkennung des territorialen Status quo die Kooperation im Ost-West-Verhältnis gesucht und praktiziert hat. Sie hat diese Kooperation gestützt auf ihre Bindungen an die NATO und die EG betrieben. Ihre westlichen Partner haben diese kooperative Politik nicht nur mitgetragen, sondern durchweg gefördert.

Unter den gegebenen Machtverhältnissen in Europa konnte Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik nicht eine Veränderung des territorialen Status quo bewirken. Zwar sollten die Folgen der Teilung gemildert werden - und dies ist in einem bescheidenen Ausmaß auch schon geschehen bzw. in die Wege geleitet - aber es war nicht angestrebt, den untauglichen Versuch einer Änderung der Macht-, Herrschafts- und der ideologischen Verhältnisse in Europa zu bewirken. Dafür hätte die Bundesrepublik auch nie die Unterstützung ihrer westlichen Partner finden können. Wenn die Opposition heute feststellt, daß nicht genug erreicht worden ist, dann ist dies billige Propaganda.

Es gibt sicher noch viele offene Fragen innerhalb des Rahmens, in dem wir Ost-, Deutschland- und Entspannungspolitik sehen und betreiben. Dazu gehört auf der Ebene der bilateralen Beziehungen zur Sowjetunion die Einbeziehung Berlins in die noch schwebenden Vertragsverhandlungen. Ein wichtiges Beispiel darunter ist die kulturelle Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Zwar besteht bereits Einigung über die wichtigsten Elemente der kulturellen Zusammenarbeit, aber die Einbeziehung Berlins macht Schwierigkeiten.

Eine weitere Frage ist die Handhabung bzw. die Ausführung der Beschlüsse von Helsinki auf sowjetischer Seite. In der Frage der Ankündigung von Truppenbewegungen und des Austausches von Manöverbeobachtungen hat die Sowjetunion zwar nicht gegen die Schlußakte verstoßen, schon deshalb nicht, weil die Schlußakte nicht zwingendes Recht darstellt, aber sie hat es in Kauf genommen, Zweifel hinsichtlich der Glaubwürdigkeit ihrer Entspannungspolitik aufkommen zu lassen. Dies gilt in verstärktem Maße für den Bereich, der bei den Wiener Verhandlungen über Truppenabbau in Europa verhandelt wird. Die an der Wiener Konferenz beteiligten NATO-Staaten haben mit der Einbeziehung eines Teils der amerikanischen taktischen Nuklearwaffen in Europa jetzt eine Verhandlungsposition entwickelt, die einen Kompromiß möglich macht. Eine sowjetische Reaktion steht bisher noch aus. An dieser Reaktion werden wir die Ernsthaftigkeit, mit der die östliche Seite in Wien verhandelt, messen können.

(-/18.12.1975/uj/pr)

+ + +

Solide Medienpolitik muß erkämpft werden

Anmerkungen zu wichtigen Personalentscheidungen beim ZDF

Von Hermann Heinemann

Mitglied des Vorstandes der SPD und des ZDF-Fernsehrates

Personalpolitik ist auch Machtpolitik, darum soll man sich nicht herum-mogeln. Dies gilt selbstverständlich auch im Bereich von Rundfunk und Fern-sehen. Nur kommt es darauf an, wie man eine solche Personalpolitik betreibt, mit welchen Maßstäben und mit welchem Ziel. Und: Daß man nicht nur Personal-politik unter Medienpolitik versteht, sondern auch strukturelle Weichenstel-lung und Modelle. Die SPD hat in den letzten Wochen bewiesen, daß sie sich eindeutig zu einer soliden Personalpolitik bekennt und sie auch praktiziert, was ihr ja von den meisten Zeitungen bestätigt wurde. Ich meine die Wahl von Reinhard Appel zum Chefredakteur beim ZDF und von Dieter Stolte zum neuen ZDF-Programmdirektor.

Noch einmal muß man darauf hinweisen, daß SPD und FDP dieser Lösung beim ZDF, die jetzt alle als vorbildlich preisen, den Weg gebahnt haben. Wä-re es nach dem Intendanten Prof. Holzamer oder dem CDU-Vorsitzenden Kohl ge-gangen, auch in diesem Fall von der CSU ferngesteuert, hieße der Programmdi-rector des ZDF jetzt Gerd Bacher. Dieser Mann hat mit seiner scheinheiligen Absage an angebliches Parteiengerangel deutlich gemacht, was die Mitarbeiter des ZDF an ihm gehabt hätten. Mit seinem Format als unabhängigen Fachmann verhält es sich - ich übertreibe - so wie mit jenem Meisterstück des CDU-Po-litikers Schwarz-Schilling, der im Fernsehen betonte, die CDU fördere auch nichtparteigebundene unabhängige Journalisten und als Beispiel Gerhard Löwen-thal nannte (der sich übrigens inzwischen, ohne daß ihn jemand angreift, selbst zum Märtyrer machen will).

Die SPD wird in Zusammenarbeit mit der FDP auch in der nächsten wichti-gen Entscheidung beim ZDF, der Intendantenwahl, eine solide Medienpolitik praktizieren. Notfalls wird sie die CDU/CSU - wie jetzt geschehen - zur

Solidität zwingen. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Aufsichtsgremien beim ZDF werden sich von niemandem darin beirren lassen, daß sie vor der Öffentlichkeit und den Mitarbeitern für eine faire, am Auftrag des Fernsehens orientierte Politik verantwortlich sind. Deshalb stimmt es auch nicht, daß die Intendantenwahl von der Bundestagswahl abhängig gemacht werden soll - die qualifizierteste Persönlichkeit, aus dem ZDF oder von draußen, wird von den Sozialdemokraten zu suchen sein.

In der "Frankfurter Allgemeinen", die in Leitartikeln lächerlicherweise über internationale Verschwörungen in Sachen Becher jammert und sich die Mühen der Recherchen erspart, wird die Meinung der Mainzer Staatskanzlei zur Intendantenwahl jetzt schon lancierend berichtet. Danach soll die Tatsache, daß ein Sozialdemokrat wieder Verwaltungsdirektor beim ZDF werden könnte, eine für die CDU positive Vorentscheidung sein. Dies muß die CDU einmal zur Kenntnis nehmen: Eine Vorentscheidung für die Intendantenwahl bedeutet nur, wenn der CDU-Vorsitzende, der wohl noch im Wahlkampf dem ZDF-Verwaltungsrat vorstehen will, weiterhin den Intendanten daran hindert, die Verlängerung des Vertrages von Harald Ingensand im Gremium vorzuschlagen. Dies ist eine Vorentscheidung: nicht nach irgendeinem Proporz, sondern vom Klima her. Denn stichhaltige Gründe, warum Ingensand nicht mehr Verwaltungsdirektor sein soll, hat bisher niemand vorgetragen. Es gibt sie auch nicht. Sollte jemand bei der Begründung bleiben, Ingensand müsse "geopfert" werden, weil die CDU ja auch den von ihr selbst hart attackierten Parteifreund Woller "geopfert" habe, betreibt derjenige erneut das gefährliche Spiel von Polarisierung, das mit der Entscheidung Appel/Stolte endlich zurückgedrängt werden sollte.

(-/18.12.1975/wi/pr)

+ + +

## Die Lebenskraft Berlins

-----

Attraktivität des Angebots an Arbeitsplätzen ist zentrale Aufgabe

Von Horst Korber

Senator für Arbeit und Soziales von Berlin

Wir stehen heute im vierten Jahr des Viermächte-Abkommens. Dieses Abkommen hat die beiden wichtigsten Säulen, auf denen die freiheitliche Existenz Berlins ruht, völkerrechtlich abgesichert: Die Anwesenheit der Westmächte, die den politischen Status Berlins, den Transitverkehr und die militärische Sicherheit Berlins garantieren und die Einbeziehung West-Berlins in das Rechts-, Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik. Ohne die Garantie der Westmächte wäre Berlin nicht lebensfähig. Ebensovienig hätte Berlin ohne die engen Verflechtungen mit der Bundesrepublik seine Lebenskraft. Und in jeder Berlin-Rechnung ist als dritter, nicht minder wichtiger Faktor der politische Selbstbehauptungswille der Berliner mit in Rechnung zu stellen. Das Viermächte-Abkommen hat uns von manchen Belastungen befreit und viele Erleichterungen gebracht. Auch für die Wirtschaft. Die Perspektiven der Stadt sind überschaubarer geworden.

Die Zukunft Berlins hängt aber nicht nur von der weltpolitischen Entwicklung ab. Vielmehr wird seine politische und gesellschaftliche Zukunft von uns hier entscheidend mitgestaltet. Sie hängt ab von der Festigkeit unseres politischen Willens, von der Kontinuität unseres Handelns und von dem Vertrauen zu dieser Stadt - drinnen und draußen. Das müssen wir weiterhin als gemeinsame Aufgabe von Gesellschaft und Staat begreifen. In den Lebensfragen unserer Stadt das Gemeinsame über das Trennende stellen, das erwartet die Bevölkerung in dieser Stadt und das gebietet auch die politische Vernunft. Dabei drängt sich fast zwangsläufig die Frage auf, ob das, was da gesichert werden soll, gesund, stark und lebensfähig ist. Diese Frage hat gerade in den letzten Monaten in der Diskussion um die weitere Entwicklung unserer Bevölkerungszahlen eine erstaunliche Aktualität erlangt. Diskussionen dieser Art sind durchaus zu begrüßen. Sie wären jedoch fruchtbarer, wenn sie sachbezogener geführt würden, als dies teilweise geschehen ist. Da gibt es so manchen, der ständig die 'sterbende Stadt' an die Wand malt und da gibt es einige, die einer planvollen Reduzierung der Bevölkerung das Wort reden. Beides ist töricht und beides geht an der Wirklichkeit vorbei. Das Leben ist selten schwarz oder weiß. So auch hier. Uns hilft weder Schwarzmalerei noch Schönfärberei.

Es ist der Vorwurf laut geworden, der Senat resigniere vor dieser Situation, ja, er begrüße sogar den Bevölkerungsrückgang, weil sich auf diese Weise die Stadt gesundschrumpfe. Dies ist unrichtig. Der Senat wünscht keinen Rückgang der Bevölkerungszahl, er sieht ihm auch nicht tatenlos zu. Nur, niemand ist aufgrund der vorgegebenen biologischen Faktoren in der Lage, einen gewissen Rückgang der Bevölkerungszahl in den nächsten Jahren zu verhindern. Der Senat hat dieser Lebensfrage unserer Stadt stets hohe Priorität eingeräumt - er wird dies auch in Zukunft tun. Wenn von 1961 bis 1975 303 000 Arbeitnehmer nach Berlin gekommen sind, so war dies kein Automatismus, sondern in hohem Maße Folge einer gezielten Politik des Senats. Und wenn zwei Drittel der Zuwanderer in dieser Stadt sesshaft geworden sind, dann zeugt dies von der ungebrochenen Integrationskraft Berlins. Anders aus-

gedrückt, der Senat hat auch bisher alles getan, um die Lebenskraft Berlins zu festigen und weiter zu entwickeln. Und er hat mit seinen Maßnahmen immer dort angesetzt, wo sich die Frage nach der Leistungskraft einer modernen Stadt entscheidet: Bei der Wirtschaft und den von ihr benötigten Arbeitskräften! Der Senat hat immer den Zusammenhang von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Bevölkerungsentwicklung gesehen und hier mit seinen Überlegungen und Maßnahmen angesetzt. Diese Zielrichtung war bisher richtig und wird auch in Zukunft beibehalten werden. Dabei müssen wir uns über eines im klaren sein: Wir werden nur in dem Umfange den Zuzug westdeutscher Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen verstärken, wie wir ein entsprechendes großes und attraktives Angebot an Arbeitsplätzen bereithalten.

Dies ist der zentrale Punkt bei der Frage der Zuwanderung. Selbst die besten Wohnungsangebote und Ausstattungen der sozialen Infrastruktur könnten niemand nach hier locken, wenn es an geeigneten Arbeitsplätzen fehlt. Der hohe Wohn-, Bildungs- und Freizeitwert dieser Stadt bringt uns erst in Verbindung mit einem hohen Arbeitswert Berlins die gewünschten Auswirkungen auf unsere Bevölkerungsentwicklung. Diese Faktoren weisen uns das wirtschaftspolitische Ziel, das zielstrebig verfolgt werden muß. Der Senat wird im Hinblick auf diesen unlösbaren Zusammenhang von Arbeitsplätzen und Bevölkerungszahlen alles tun, damit ein hinreichend großes Angebot an Arbeitsplätzen bereitgestellt wird, um trotz rückläufiger Gesamtbevölkerung die Zahl der Erwerbspersonen konstant zu halten. Was dabei an einheimischen Erwerbspersonen fehlt, muß durch Zuwanderung gewonnen werden. Wenn ich hier von Zuwanderung spreche, dann meine ich ausschließlich deutsche Zuwanderung. Ich betone dies deshalb so deutlich, weil ich der Überzeugung bin, daß der Sättigungsgrad dieser Stadt für ausländische Arbeitnehmer erreicht ist. Jede weitere Steigerung würde unsere Eingliederungskraft überfordern und damit letzten Endes auch zu Lasten der bereits anwesenden ausländischen Mitbürger gehen.

Bekannt sind die Schwierigkeiten, die uns in Berlin ab 1976 zunehmend im Bereich der Berufsausbildung zuwachsen. Sie beruhen vor allem darauf, daß sich zwei Entwicklungen, von denen jede für sich schon schwerwiegend genug ist, überlagern und damit potenzieren: das Hineinwachsen des "Schülerberges" in die Sekundarstufe II, das heißt, die Zahl der 16- bis 18-jährigen steigt von gegenwärtig rund 58 000 auf rund 80 000 im Jahre 1982 und die Tatsache, daß ausgerechnet in dieser Zeit wachsender Jahrgangsstärken die auf einem unbegrenzten individuellen Bildungsanspruch fußende Hochschulpolitik ihren Sättigungsgrad erreicht hat. Fest steht jedenfalls, daß nunmehr aufgrund des numerus clausus viele Abiturienten ohne Hochschulplatz eine betriebliche Ausbildung suchen. Wenn wir diese - auch gesellschaftspolitisch - brisante Situation in den Griff bekommen wollen, müssen wir ab 1976 Jahr für Jahr das Ausbildungsplatzangebot erhöhen, bis wir 1982 auf dem Gipfel des "Schülerberges" insgesamt 40 000 Ausbildungsplätze, also doppelt so viel wie in diesem Jahr, erreicht haben. Diese Aufgabe scheint fest unlösbar. Dennoch muß sie bewältigt werden! Die Bereitstellung dieser zusätzlichen Ausbildungsplätze ist vorrangig eine Aufgabe der Wirtschaft. Diese Zuständigkeit besteht und soll auch nicht verändert werden. Das heißt aber keineswegs, daß sich der Senat in dieser für die Entwicklung

der Wirtschaft, der Bevölkerung und der sozialen Stärke dieser Stadt so bedeutsamen Frage die Hände in den Schoß legt. Er trägt eine politische Verantwortung, mit anderen Worten, diese gewaltige Aufgabe, die vor uns liegt, kann nur gelöst werden, wenn sich Wirtschaft und Staat ihrer gemeinsamen Verantwortung bewußt sind und kooperativ handeln.

Nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus hat der Senat auf meinen Vorschlag hin die Anregung des Landesausschusses für Berufsbildung aufgegriffen und am 4. November die Einsetzung einer Sonderkommission beschlossen. Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse über die Entwicklung der Jahrgangsstärken der 16- bis 18jährigen hat der Senat am 7. Oktober das Oberstufenzentrumprogramm beschlossen, das gewaltige Neu- und Erweiterungsbauten sowie Modernisierungen älterer Bausubstanz vorsieht, um auch für den "Schülerberg" den schulischen Teil der dualen Ausbildung zu gewährleisten. Auch für den Bereich der betrieblichen Ausbildung erwägt das Land Berlin geeignete Maßnahmen: Eine Arbeitsgruppe der beteiligten Senatsverwaltungen prüft derzeit die Möglichkeit einer Ausweitung der Zahl der Ausbildungsplätze im Bereich der öffentlichen Verwaltungen und der Eigenbetriebe. Darüber hinaus werden Überlegungen angestellt, durch geeignete fördernde und stützende Maßnahmen der Wirtschaft und hier insbesondere den Handwerksbetrieben sowie den kleineren und mittleren Unternehmen ihre schwierige Aufgabe, die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen, zu erleichtern: Hier kann man an Maßnahmen der Ausbilder-Ausbildung und an eine Erhöhung der Zahl der Ausbildungsberater denken. Sinnvoll wäre auch eine Anmietung nichtgenutzter Ausbildungskapazitäten für überbetriebliche Ausbildungsstätten. Diese könnten jene Teile der Ausbildung abdecken, die von kleinen oder mittleren Betrieben oftmals nur schwer, oder gar nicht erbracht werden können und sie deshalb von der Ausbildung Abstand nehmen ließen.

Der Senat wird sich in noch stärkerem Maße auch eines anderen Problems annehmen: der immer wieder beklagten Diskrepanz zwischen der Abgabequalifikation unseres allgemeinbildenden Schulsystems und den Eingangsanforderungen der betrieblichen Ausbildung. Hier gilt es im Interesse aller lernschwachen, behinderten und ausländischen Jugendlichen durch berufsfördernde Maßnahmen Brücken zu schlagen und sie zur Ausbildungs- mindestens aber zur Berufsmündigkeit zu führen. Auf diesem Gebiet haben sich das mir unterstellte Berufsamt und seine Einrichtungen, aber auch bestimmte freie Träger schon bisher Verdienste erworben.

Wenn es in Berlin gelingt, auf die aktuellen Herausforderungen im Bereich der Berufsausbildung durch Kooperation von Wirtschaft, Arbeitnehmern und Staat erneut eine zeitgemäße und die Zukunft sichernde Antwort zu finden, dann leisten wir damit auch erneut einen Beitrag zur Stärkung der Lebensfähigkeit dieser, unserer Stadt. Einer Weiterentwicklung, die auf gemeinsamem Willen und Handeln und vor allem auf dem Consensus der tragenden Kräfte beruhen muß. (-/18.12.1975/wi/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller